

DIE LINKE. Fraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3533/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 25.01.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Beltz, Die Linke.Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	03.02.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	17.02.2011	Entscheidung

Betreff:

**Ablehnung von Bundeswehrpropaganda an den Schulen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, in Absprache mit den Schulleitern dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr keine Propaganda in Gießener Schulen veranstaltet. Dazu gehört, die Bundeswehr weder zu Ausbildungsbörsen noch in den Politikunterricht einzuladen.“

Begründung:

Am 04.11.2010 haben das hessische Kultusministerium und das Wehrbereichskommando II der Bundeswehr einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. In der Ankündigung hierzu heißt es:

„Die Experten der Bundeswehr sollen den Schülerinnen und Schülern Fragen der Sicherheitspolitik und damit verbundene Aufgaben der Bundeswehr näher bringen.“

Ziel ist es, die Akzeptanz weltweiter Militäreinsätze zu erhöhen - Kriege werden als ein legitimes Mittel der Politik dargestellt. Diese Militarisierung soll schon bei den Schülerinnen und Schülern ansetzen. Das nationale Interesse Deutschlands umfasst, laut dem Bundeswehr-Weißbuch, auch die Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten für die deutsche Wirtschaft. (s. dazu auch den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler und „Verteidigungsminister“ zu Guttenberg)

Wir wollen nicht, dass junge Menschen in den hessischen Schulen in einen schleichenden Gewöhnungsprozess an weltweite militärische Interventionen „zum Wohle“ der bundesdeutschen Konzerne eingebunden werden, ebenso wenig wollen wir, dass in Ausnutzung der aktuellen Krise die Bundeswehr als attraktiver „Arbeitgeber“ dargestellt wird.

Die politische Bildung - auch in Fragen der Sicherheitspolitik - gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. So gibt es auch von der GEW den Aufruf gegen Werbeversuch der Bundeswehr in Schulen, wo es u. a. heißt: Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und – Soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Farbenfrohe Bilder einer „Armee im Einsatz“ zur Werbung von Nachwuchs für die kämpfende Truppe haben in der Schule nichts verloren. Wir - und mit uns ein großer Teil der Bevölkerung, der u. a. den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ablehnt - stellen uns unter einer „Karriere mit Zukunft“ etwas Anderes vor.

Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler zum Frieden und zum gemeinsamen Leben und Arbeiten erzogen werden, nicht zum Krieg führen und Töten.

Michael Beltz